

Russlands Stellung in einer sich wandelnden Welt

Schröder, Hans-Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, H.-H. (2006). Russlands Stellung in einer sich wandelnden Welt. *Russland-Analysen*, 109, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.109.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Russlands Stellung in einer sich wandelnden Welt

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Seit einiger Zeit demonstriert die russische Außenpolitik ein neues Selbstbewusstsein, das im Westen mit Besorgnis wahrgenommen wird. Erinnerungen an „die andere Supermacht“ UdSSR kommen auf. Tatsächlich ist Russland nach wie vor wirtschaftlich schwach. Grunddilemma seiner Außenpolitik: Russland ist der Anspruch, Weltpolitik zu machen, angesichts fehlender wirtschaftlicher, militärischer und politischer Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. Die russische Führung erkennt jedoch eine Verschiebung in den internationalen Kräfteverhältnissen, die mit einer Schwächung der USA einhergeht, und Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt, die die Rolle der Lieferländer stärkt. Dies sieht die Putin-Administration als Chance, Russland international neu zu positionieren.

Großmachtbilder

In deutschen Medien erscheint Russland neuerdings als wiedererstandene Großmacht, als eine Art wiedergeborene Sowjetunion. „Russlands Rückkehr“ titelte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ im Juli und die Zeitschrift „Internationale Politik“ überschrieb die Nummer, die sie anlässlich des G8-Gipfels in St. Petersburg herausbrachte, „Russlands Renaissance“. Diese Medienwahrnehmungen sind gewiss zunächst Reflexe der Inszenierung, mit der die Putin-Administration die russische G8-Präsidentschaft zelebrierte. Die Vorstellung, Russland sei eine Großmacht, speist sich aber auch aus dem Staunen über den barschen Umgang, den die russische Führung seit einiger Zeit mit ihren Nachbarn pflegt. Sowohl die Ukraine, der kurzzeitig die Gaszufuhr abgeschnitten wurde, als auch Georgien und Moldawa, deren Weine aus „Hygienegründen“ nicht nach Russland importiert werden durften, erfuhren die harte Hand russischer Politik. Der Lieferstopp für Erdgas irritierte auch die europäische Öffentlichkeit, der schmerzhaft bewusst wurde, in welchem hohem Grade der eigene Energiebedarf durch Importe aus Russland gedeckt wurde. Westlichen Irritationen steht wiederum ein gewachsenes Selbstbewusstsein auf russischer Seite gegenüber, die den Anspruch erhebt, international eine größere Rolle zu spielen. Es scheint fast so, dass manch ein Politiker in Erinnerungen an die alten Zeiten der „Supermacht Sowjetunion“ schwelgt und sich schwer tut, die Realitäten von heute wahrzunehmen.

Risiken und Ressourcen

In der Tat ist Russland heute wirtschaftlich nicht gerade ein Riese. Was die ökonomische Leistungskraft angeht, rangiert es in einer Klasse mit Staaten wie Mexiko, Brasilien, Schweiz, den Niederlanden oder Belgien. Das Bruttoinlandsprodukt Russlands

macht etwa ein Fünftel des deutschen aus. Fragt man nach der Pro-Kopf-Leistung der Wirtschaft, dann findet man Russland in der Nachbarschaft von Südafrika, Rumänien, Argentinien, Brasilien und Jamaika. Pro Kopf erreicht Russland gerade 11% der deutschen Wirtschaftsleistung. Diese Ziffern beschreiben gewiss nicht das ökonomische Fundament einer Großmacht.

Auf der anderen Seite verfügt Russland über umfangreiche Energiereserven, mit denen es den eigenen Bedarf decken und darüber hinaus in einer Phase hoher Energiepreise noch erhebliche Exportgewinne erzielen kann. Der russische Staat hat sich auf diese Weise finanziell saniert – soweit, dass er vorfristig seine Auslandsschulden begleichen kann. In einer Phase wachsender Nachfrage, wenn große Volkswirtschaften wie China und Indien auf lange Sicht verstärkt Energie importieren müssen, werden Erdöl und Erdgas zu einer Ressource, die auch politisch genutzt werden kann. Neben dem Sitz im UN-Sicherheitsrat und dem Besitz eines Arsenalns nuklearer Massenvernichtungswaffen ist die Verfügung über Energie einer der Faktoren, der den russischen Anspruch auf Mitsprache in der internationalen Politik stützt.

Dennoch ist Russlands internationale Position nicht wirklich stark. Wirtschaftlich und technologisch hat das Land gegenwärtig wenig zu bieten. Militärisch verfügt Russland nur im nuklearen Bereich über Potentiale von strategischer Bedeutung. Die konventionellen Streitkräfte sind schlecht bezahlt, schlecht ausgerüstet und nur zum Teil einsatzfähig. Die Führung strebt die Fähigkeit an, in mehreren Regionen gleichzeitig einen lokalen Konflikt erfolgreich führen zu können. Dazu bedarf es moderner Waffen- und Kommunikationssysteme sowie qualifizierten, motivierten Personals. An diesem allen jedoch fehlt es bisher und die lange ausstehenden Reformmaßnahmen kommen nur langsam in Gang.

Das nuklearstrategische Potential verleiht Russland zwar politisch einen Sonderstatus, doch ist es in lokalen Konflikten und „asymmetrischen“ Kriegen nicht einsetzbar.

Auch politisch sind die Ressourcen begrenzt. Der Sitz im UN-Sicherheitsrat gibt Russland ein gewisses internationales Gewicht. Allerdings haben die Fälle Kosovo und Irak gezeigt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten über die UN begrenzt sind. Negativ schlägt darüber hinaus zu Buche, dass Russland seit 1989/91 im Grund allein steht und keinem der großen Wirtschafts- und Militärbündnisse angehört. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hat sich nicht zu einem effizienten ökonomischen und politischen Verbund entwickelt.

Aufgrund seiner gewaltigen Fläche und seiner Lage zwischen Europa und Asien ist russische Politik aber mit großen Herausforderungen konfrontiert. Mit den Nachbarn Europäische Union und NATO im Westen und Japan, Südkorea und China im Osten steht Russland zwischen zwei Regionen, die ökonomisch, technologisch und demographisch überlegene Potentiale besitzen. Im Süden hat Russland mit den Staaten Zentralasiens und des Kaukasus zu tun, mit dem Iran, der Türkei. Krisen in der Nah- und Mittelostregion wirken sich unmittelbar auf Russlands Grenzen aus.

Aus den geopolitischen Herausforderungen und den Ansprüchen der russischen Eliten einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Schwäche andererseits ergibt sich das Grunddilemma russischer Außenpolitik: Russland ist dazu verurteilt, Weltpolitik zu machen, es fehlen ihm jedoch die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun.

Irrungen, Wirrungen

Der russischen Außenpolitik bleiben in dieser Situation nur wenige Optionen. Sie kann sich mit einem politisch relevanten Partner verbinden, in der Hoffnung, dass dieser russische Vorleistungen politisch honoriert. Andererseits kann Russland auch ein gewisses Störpotential mobilisieren und versuchen, einem Widersacher – z.B. den USA – in internationalen Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat entgegenzuwirken, um sie auf diese Weise zu Verhandlungen zu zwingen. Beides ist in den neunziger Jahren versucht worden, wenn auch ohne sichtbaren Effekt. Außenminister Andrej Kosyrew hat in den frühen neunziger Jahren versucht, das Reformland Russland als gleichberechtigten Partner westlicher Staaten zu etablieren. Diese Politik war ebenso wenig von Erfolg gekrönt wie die Versuche von Kosyrews Nachfolger Jewgenij Primakow, die übermächtige Stellung der USA durch

Propagierung der Idee von einer multipolaren Welt in Frage zu stellen.

Die Putin-Administration nahm 2001 die Gelegenheit wahr, abermals auf den Westen, speziell die USA, zuzugehen. Gegen den Widerspruch der eigenen sicherheitspolitischen Eliten öffnete der russische Präsident US- und NATO-Truppen den Weg nach Zentralasien. Doch die Wende nach Westen und die Öffnung gegenüber den USA wurden nicht honoriert. Ohne Rücksicht auf russische Bedenken kündigte der US-Präsident den ABM-Vertrag. Die USA begannen in Zentralasien und in Georgien eine aktive Rolle zu spielen und unterhielten enge Verbindungen zu den baltischen Republiken. Das beunruhigte die russischen Eliten in wachsendem Maße.

Putins außenpolitische Vorleistungen führten nicht zur Entstehung einer wirklichen Allianz gegen den Terror, in der Russland eine angemessene Rolle hätte übernehmen können. Die Putin-Administration nahm diese Lehre an und entwickelte alternative Strategien. So baute sie die Zusammenarbeit mit China und den Staaten Zentralasiens in der Shanghai Organisation zu einer außenpolitischen Alternative aus. Der amerikanische Angriff auf den Irak, der u.a. in Deutschland und Frankreich auf Kritik stieß, bot der russischen Führung dann die Möglichkeiten, ihre Kontakte mit Berlin und Paris zu vertiefen – ein Schritt, der zwar keinen unmittelbaren Vorteil brachte, die russische Isolation aber wenigstens symbolisch überwand.

Eine deutliche Schwächung erlitt Russlands Position aber bald darauf durch politische Umbrüche in der GUS. Die von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Regierungswechsel in Georgien und in der Ukraine, der Sturz des kirgisischen Präsidenten und die Unruhen in Usbekistan stellten Russlands Rolle in einer Region in Frage, die von der Moskauer Politik als eigener „Hinterhof“ empfunden wurde. In dem Maße, in dem die Europäische Union in der Ukraine an Einfluss gewann, schienen sich russische Befürchtungen unmittelbar zu bewahrheiten. Der Ton zwischen Russland und den EU-Staaten verschärfte sich, die Putinsche Führung wandte sich offen gegen die Wahlbeobachtung der OSZE und europäische Demokratieförderung in Belarus und der Ukraine. In Europa wiederum nahm man die innere Entwicklung Russlands äußerst kritisch zur Kenntnis. Das Erstarken autoritärer Elemente im System Putin wurde als Hindernis für den Ausbau enger Beziehungen verstanden. Das russische Demokratiedefizit wurde zum außenpolitischen Handikap.

Insgesamt hatte Russland in den Jahren 2003 und 2004 außenpolitisch erheblich an Boden verloren.

Teile der als engere Interessensphäre betrachteten Nachbarregionen waren der russischen Kontrolle entglitten, die Beziehungen zu den USA und zu den europäischen Staaten hatten sich angesichts westlichen Unbehagens mit der inneren Entwicklung Russlands gegenüber den Vorjahren deutlich verschlechtert.

Neue Töne in einer gewandelten Welt

Nach Jahren außenpolitischer Misserfolge scheint sich nun eine Wende anzubahnen. Die russische Führung fordert offensiv eine Rolle in der internationalen Politik ein. Mit Genugtuung erklärte Präsident Putin auf der Botschafterkonferenz des Außenministeriums im Juni 2006, Russland habe sein inneres Potential wie seine internationale Position in letzter Zeit wesentlich gestärkt und spiele eine Rolle in der Welt. Und er forderte, das Land müsse auch eine seinen Möglichkeiten und seiner Lage angemessene Verantwortung für die globale Entwicklung tragen. Und Sergej Lawrow, der russische Außenminister, erklärte, die russische Diplomatie müsse die intellektuelle Führung bei der Regelung schwieriger internationaler Probleme übernehmen.

Das neue Selbstbewusstsein speist sich aus mehreren Faktoren. Zum einen spielt die Überzeugung eine Rolle, dass sich die Lage in Russland gefestigt hat, und die Volkswirtschaft auf stabilem Wachstumskurs ist. Zugleich gestaltete sich die politische Situation im GUS-Raum positiver für Russland. Die Verfügung über die Energieressourcen, gibt der russischen Führung einen starken Hebel in die Hand, der sich auch politisch einsetzen lässt. Interethnische Konflikte in Georgien und Moldawa bieten der russischen Seite Handhabe, auf die Regierungen dieser beiden Staaten Druck auszuüben. Und die Krise der orangenen Regierung in der Ukraine brachte dort nach den Parlamentswahlen Kräfte an die Macht, mit der die russische Führung besser zusammenarbeiten kann.

Die innere Konsolidierung und die Rückgewinnung der hegemonialen Rolle in der GUS schufen das Fundament für außenpolitische Initiativen im globalen Maßstab. Sowohl bei der Feier des 60. Jahrestags des Sieges im 2. Weltkrieg wie beim G8-Gipfel in St. Petersburg stellte sich Russland als Großmacht dar, die mit den USA, Japan und der Europäischen Union auf einer Stufe steht. Diese Festakte waren symbolischer Ausdruck der neuen Rolle, die Russland wahrzunehmen gewillt ist. In einer gewandelten Welt, in der die USA nicht mehr der unumstrittene Hegemon sind, will die russische Führung global Politik mitgestalten. In russischen Augen hat die US-dominierte, unipolare Weltordnung, Albtraum der neunziger Jahre, einer neuen Kräftestruktur Platz gemacht:

„Wir sind“, erklärte Putin auf der Botschafterversammlung im Juni 2006, „an einem Punkt angekommen, an dem faktisch schon – und Sie erkennen das gewiss alle –, faktisch eine Modernisierung der gesamten Architektur globaler Sicherheit stattfindet. Und wenn man es der Trägheit früherer Denkansätze erlaubt, sich zu entwickeln, dann ist die Welt wieder zu fruchtloser Konfrontation verurteilt. Diese gefährliche Tendenz muss man brechen. Und dafür benötigt man neue Ideen und neue Zugänge.“

In russischer Sicht hat sich die Welt seit der verunglückten amerikanischen Intervention im Irak grundlegend verändert. Danach sind die USA offensichtlich nicht in der Lage, große Krisen allein zu lösen. Das Vorgehen der Bush-Administration hat im Gegenteil die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten noch verschärft. Der Europäischen Union wiederum gelingt nach russischer Ansicht nicht, ihr ökonomisches Gewicht in politisches umzusetzen. Gleichzeitig treten mit Indien und China neue Mächte hervor, die ihrerseits eine Rolle im internationalen System beanspruchen.

Im Rahmen dieser neuen, multipolaren, von Krisen geschüttelten Weltordnung sieht Russland für sich die Chance, Politik mitgestalten zu können – und dieses Recht fordert die Putin-Administration nun aktiv ein. Dabei kommt Russland zu Gute, dass sich durch das Auftreten Chinas und Indiens als Energiekonsumenten die Spielregeln auf dem Weltenergiemarkt langfristig ändern: Lieferländer wie Russland sind nun in einer weit stärkeren Position als früher. Angesichts dieses Strukturwandels konzipiert die Putinsche Führung nun ihre außenpolitische Strategie, die unabhängig von Einflüssen anderer Staaten sein will. Das russische Verhalten im Atomkonflikt mit dem Iran, die Einladung von Hamas nach Moskau, das selbstbewusste Auftreten gegenüber den anderen GUS-Staaten steht im Kontext dieser neuen außenpolitischen Doktrin.

Schwach, aber anspruchsvoll

Gewiss ist Russland nach wie vor wirtschaftlich, technologisch und militärisch schwach. Aber die innere Stabilisierung – selbst wenn sie autoritären Charakter trägt – verschafft dem Land eine bessere Ausgangsbasis international aufzutreten. Entscheidend für das selbstbewusste außenpolitische Verhalten ist aber die Wahrnehmung, dass die Welt sich gewandelt hat – und dass die USA keineswegs in der Lage sind, den Welthegeemon zu spielen. Die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse, das politische und ökonomische Hervortreten von China und Indien, schafft Strukturen, in denen Russland

eine Rolle spielen will.

Dabei ist die erste Priorität die Konsolidierung der eigenen Stellung im „nahen Ausland“, d.h. Einflussnahme auf Entwicklungen in den GUS-Staaten – einschließlich Bereitschaft, mit Georgien oder Moldawa in eine Konfrontation einzutreten. Gleichzeitig steuert man in Bezug auf Europa und Ostasien einen Kurs enger Kooperation. Man strebt Zusammenarbeit an, um die eigenen politischen und Wirtschaftsinteressen zu fördern, geht aber keine endgültige Bindung ein und hält sich Spielräume nach bei-

den Seiten offen. Gegenüber den USA agiert Russland bewusst eigenständig und fordert Partnerschaft auf Augenhöhe.

Gewiss ist vieles von dem, was die russische Führung gegenwärtig unternimmt, immer noch nicht wirklich durch wirtschaftliche, politische oder militärische Macht gestützt. Doch die jetzige russische Führung tut einiges, um ihr Grunddilemma – unzureichende Ressourcen bei hohen Ansprüchen – zu überwinden und sie nützt die gewandelte Weltlage intelligent aus.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt als apl. Professor osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen und arbeitet dort an der Forschungsstelle Osteuropa.

Lesetipps

- S.N. MacFarlane: The ‘R’ in BRICs: is Russia an emerging power?, in: International Affairs, 82.2006, Nr. 1, S. 41–57.
- Carol R. Saivetz: Making the Best of a Bad Hand: An Assessment of Current Trends in Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Affairs, 22.2006, Nr. 2, S. 166–188.
- Trenin, Dmitri; Lo, Bobo: The Landscape of Russian Foreign Policy Decision-Making, Moscow: Carnegie 2005 <http://www.carnegie.ru/ru/pubs/books/9211doklad_fin.pdf, 21. Juni 2005>

Programmatische Texte (russisch):

- W. Putin: Wystuplenie na soweschtschani s poslami i postojannymi predstaviteljami Rossijskoj Federazii, Moskwa, Ministerstwo inostrannyh del, 27.6.2006 <<http://president.kremlin.ru/appears/2006/06/27/154-3type63374type63377type63378type82634107802.shtml>, 12.9.2006>
- Stenogramma wystuplenija Ministra inostrannyh del Rossii S.W.Lawrowa v M MO(U) MID Rossii po slutschaju natschala nowogo utschebnogo goda, Moskwa, 1 sentjabrja 2006 goda <<http://www.mid.ru/brp4.nsf/2fee282eb6df40e643256999005e6e8c/a25a36a2bd8f443cc32571dc0045e2b5?OpenDocument>, 12.9.2006>

Umfrage

Russische Sicht auf die Welt in den Umfragen des Lewada-Zentrums

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Juni und Juli 2006

Haben die NATO-Länder Grund, sich vor Russland zu fürchten?

